



RB verpatzt Auftakt

Missglücktes Bundesliga-Debüt für Trainer Jesse Marsch – RB Leipzig verliert 0:1 gegen Mainz. **Sport**

THEMEN DES TAGES

LEIPZIG

Viele Besucher feiern beim Tanz-Festival ohne Masken

Um die Tanzdemo DisTanz im Leipziger Clara-Zetkin-Park hatte es Diskussionen wegen eines rechtsradikalen DJs gegeben. Nun fand die Veranstaltung zwar ohne ihn statt. Was allerdings bei rund 1000 Besuchern auch fehlte: Abstände und Mundschutzmasken. **Seite 9**

LEIPZIG

Sachsenklinik-Chef Heilmann bald wieder solo

Serien-Aus für Schauspieler Julia Jäger bei „In aller Freundschaft“: Die 51-Jährige ist bereits nicht mehr beim Dreh in Leipzig dabei. Ihre Rolle soll schleichend vom Bildschirm verschwinden. Grund: Die neue Liebe von Klinikchef Heilmann kommt beim Publikum nicht gut an. **Seite 12**

KULTUR

Fest der kurzen Filme startet in der Schaubühne Lindenfels

Am Mittwoch beginnt in der Schaubühne Lindenfels das fünf-tägige „Kurz-süchtig“ – ein Fest der kurzen Filme mit insgesamt fast 30 Produktionen von Nachwuchsfilmern aus Mitteldeutschland. Das Filmfest wird bereits seit dem Jahr 2004 begangen. **Seite 23**

PANORAMA

Mehr als 700 Todesopfer nach Erdbeben in Haiti

Nach dem verheerenden Erdbeben am Samstag in Haiti mit mindestens 724 Toten und über 2000 Verletzten hat die internationale Gemeinschaft Hilfe angekündigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) drückte den Menschen am Sonntag ihr „tief empfundenen Beileid“ aus. **Seite 28**

CORONA IN ZAHLEN

Deutschland	Leipzig
+4728	+18
zum Vortag	zum Vortag
3 821 013	22 826
Infizierte Personen seit Beginn der Pandemie	
Tote: 91 867	Tote: 540

Hinweis: Die Stadt Leipzig meldet am Wochenende keine aktuellen Fallzahlen. Datenstand: RKI 15. 8./Stadt Leipzig 13. 8. Mehr Infos zur Corona-Pandemie immer aktuell unter www.lvz.de

WETTER



LVZ-KONTAKT

Telefon	0341 2181-0
Abonennten-Service	0800 2181-020*
Ticket-Service	0800 2181-050*

www.lvz.de
LVZ Leipziger Volkszeitung
@LVZ

*KOSTENLOSE SERVICENUMMERN



Taliban erobern Kabul

Rauch über Kabul: Taliban-Kämpfer haben am Sonntag nach der Flucht des afghanischen Präsidenten Ghani dessen Palast in der afghanischen Hauptstadt eingenommen. **Seiten 2 und 3**

FOTO: RAHMAT GUL/DPA

AfD liegt in Sachsen knapp vor der CDU

LVZ-Umfrage vor der Bundestagswahl: Kanzlerkandidaten kommen im Freistaat nicht an. Grüne und SPD bei 10 Prozent.

Von Andreas Debski

Leipzig. AfD-Sieg, Tillich-Rücktritt, Kretschmer-Übernahme: Die Bundestagswahl von 2017 hatte in Sachsen ein politisches Beben ausgelöst. Jetzt, vier Jahre später, geht es wieder um die entscheidende Frage: Wer wird diesmal in Sachsen die Nummer 1 sein? Damit ist die Bundestagswahl am 26. September nicht nur ein Härtestest für die seit knapp zwei Jahren regierende Kenia-Koalition, sondern könnte abermals einiges ins Rutschen bringen.

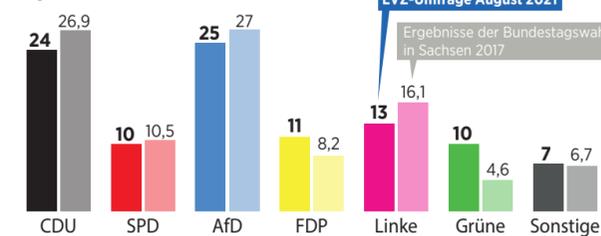
Nach einer aktuellen LVZ-Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut Insa aus Erfurt droht der CDU in Sachsen ein neues historisches Tief. „Sie wird ihr schlechtes Bundestagswahlergebnis von 2017 wahrscheinlich nochmals unterbieten“, prognostiziert Hermann Binkert, der Geschäftsführer von Insa. Demnach käme die CDU in Sachsen nur noch auf 24 Prozent – vor vier Jahren waren es 26,9 Prozent. Allerdings liegt die Union in einem Kopf-an-Kopf-Rennen um den Spitzenplatz mit der AfD, die momentan 25 Prozent erreichen würde, nahezu gleichauf. Damit würde sich das Ergebnis von 2017 verfestigen: Damals lag die AfD mit 0,1 Prozentpunkten vor der erstmals geschlagenen CDU. In der aktuellen LVZ-Umfrage folgen die Linke mit 13 Prozent (2017: 16,1 Prozent) und die FDP mit 11 Prozent (8,2), knapp dahinter mit jeweils 10 Prozent SPD (10,5) und Grüne (4,6). Gleichzeitig ist ein Fünftel der Befragten noch unentschieden, welche Partei ihre Stimme erhalten soll, wobei deutlich mehr Frauen als Männer schwankend sind.

Dagegen ist ein Großteil der Wählerinnen und Wähler, die bereits eine Präferenz haben, schon klar festgelegt: So sind fast 60 Prozent in ihrer Entscheidung „sehr sicher“ und weitere 28 Prozent „eher sicher“. Dabei stechen die Sympathisanten von AfD, Linken und Grünen heraus: Deutlich über 90 Prozent sind auf ihre jeweiligen Favoriten geeicht. Bei der SPD befinden sich dagegen die meisten Wackelkandidaten.

Insgesamt kann die AfD am meisten bei Männern punkten, während die CDU bei Frauen klar an erster Stelle liegt. Auch SPD, FDP und Grü-

Wen würden die Sachsen wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Angaben in Prozent



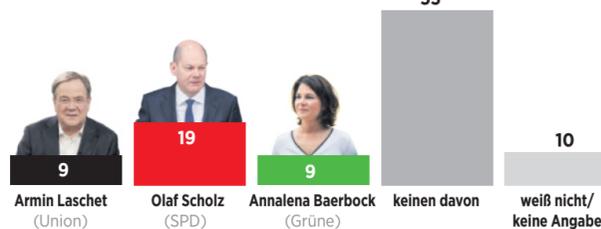
LVZ-Umfrage August 2021

Ergebnisse der Bundestagswahl in Sachsen 2017

LVZ-Grafik: Patrick Moyel | Quelle: Insa

Wen wünschen sich die Sachsen als nächsten Bundeskanzler bzw. nächste Bundeskanzlerin?

Angaben in Prozent



LVZ-Grafik: Patrick Moyel | Quelle: Insa

ne kommen bei Wählerinnen besser an als bei Wählern. Dagegen verfügt die Linke über eine eher männliche Klientel. Daneben ergibt die Aufschlüsselung nach Altersgruppen der Sympathisanten bemerkenswerte Ergebnisse: Mit 31,4 Prozent findet die AfD unter den 18- bis 29-Jährigen mit Abstand den stärksten Zuspruch, während SPD (6,6) und FDP (8,8) am schlechtesten wegkommen. Auffällig ist zudem, dass die Grünen (10,6) selbst bei jungen Sächsinen und Sachsen nur durchschnittlich abscheiden.

Während die AfD auch bei den 30- bis 39-Jährigen sowie mit großem Vorsprung unter den 50- bis 59-Jährigen als Wahlsieger gesetzt ist, schneidet die CDU in den Altersgruppen 40 bis 49 und über 60 Jahre am besten ab. Die Grünen und die Linke punkten in den mittleren Jahrgängen über ihrem Landesdurchschnitt. Für die SPD lässt sich wiederum feststellen: Mit dem höheren Alter der Wählerinnen und Wähler steigen ihre Chancen. Bei den über 60-Jährigen sind es sogar 17,6 Prozent.

Ermüchternd dürfte die LVZ-Umfrage für die Kanzlerkandidaten sein: Bei mehr als jedem zweiten Befragten (53 Prozent) fallen gleich alle drei durch. Am häufigsten wird noch Olaf Scholz (SPD) favorisiert: Ihn wünschen sich 19 Prozent als nächsten Bundeskanzler, dagegen liegen Armin Laschet (CDU) und Annalena Baerbock (Grüne) bei jeweils neun Prozent. „Der SPD-Mann findet deutlich mehr Zuspruch als seine Partei. Doch keiner der drei Kandidaten überzeugt die Sachsen wirklich“, analysiert Meinungsforscher Binkert.

Dabei stellt sich auch heraus, dass selbst CDU-Sympathisanten mit Laschet kaum etwas anfangen können: Der NRW-Ministerpräsident würde sogar von ihnen nur etwa jede vierte Stimme erhalten.

Der SPD-Kandidat überzeugt dagegen auch potenzielle Unionswähler, von denen im Freistaat immerhin jeder Fünfte für ihn stimmen würde. Auch in einer bundesweiten Insa-Umfrage liegt Scholz inzwischen vorn.

Seiten 4, 6 und 7

Impfangebote für Familien in Sachsen

Dresden. Mit einer Inzidenz von 10,9 gehört Sachsen weiter zu den Bundesländern mit dem geringsten Infektionsgeschehen und liegt nach Sachsen-Anhalt und Thüringen auf Rang 3. Allerdings sind erst 49,5 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft – das ist der deutschlandweit niedrigste Wert. Mit speziellen Aktionen will das DRK die Quote erhöhen und machte am Sonntag in den Impfzentren Angebote für Familien. Die Resonanz darauf sei allerdings durchwachsen gewesen, hieß es. **Seite 7**

Polen verärgert Israel

Tel Aviv/Warschau. Wegen einer umstrittenen Novelle des Verwaltungsrechts in Polen hat Israel seinen höchstrangigen Diplomaten aus Warschau abgezogen. Es geht um eine Gesetzesänderung, die es früheren Eigentümern durch eine Verjährungsfrist erschwert, unter anderem Grundbesitz aus der Zeit der Nazi-Herrschaft zurückzuerhalten. Israels Ministerpräsident Naftali Bennett nannte es eine „schändliche Entscheidung, die von einer Geringschätzung der Erinnerung an den Holocaust zeugt.“

Lindner hält nichts von Ampel

Leipzig. FDP-Chef Christian Lindner kann sich eine Ampel-Koalition nach der Bundestagswahl nicht vorstellen. „Mir fehlt die Fantasie, welches Angebot man uns machen könnte“, sagte Lindner in einem Interview mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Der FDP-Politiker fügte hinzu, für Deutschland „wäre eine Regierung der Mitte das Beste“. Die FDP wolle so stark werden, dass Schwarz-Grün oder Rot-Grün-Rot keine Mehrheit bekomme. **Seite 4**

Die LVZ-Umfrage vor der Bundestagswahl:

KOMMENTAR



Von Hannah Suppa

Was ist denn wirklich wichtig?

Spulen wir doch einmal vor: Ende September, die Bundestagswahl ist gerade vorbei und die Analysen laufen auf Hochtouren. Dann wird wieder nach Sachsen geschaut werden: Warum die AfD hier besonders stark ist, womöglich sogar die stärkste Partei. Und dann heißt es wieder: Wie konnte es dazu kommen?

Nun ist das nur eine Umfrage knapp sechs Wochen vor der Wahl, nur ein Stimmungsbild, noch nicht das Endergebnis. Sicher ist jedoch: Die AfD kämpft in Sachsen wieder mit der CDU um den ersten Platz. Klar ist bislang auch: Die groß gesetzten Themen des Wahlkampfes gehen an den Bedürfnissen, Fragen und Nöten vieler Menschen in Sachsen vorbei. Und es ist sicher auch dieses Gefühl, das zu diesem Wahlverhalten beiträgt. Dazu kommt der Zick-Zack-Kurs der Corona-Politik, der bei manchem eh schon politikskeptischen Sachsen nochmal zu einem Vertrauensknick geführt hat. Wenn nun wieder nahezu gewürfelte Inzidenzmarken ausschlaggebend für Maßnahmen sind, die unseren Alltag prägen, wenn der Impfdruck immer größer wird, dann hilft das nicht unbedingt weiter.

Der größte Gewinner der LVZ-Umfrage ist ein Armutszeugnis für die Bundespolitik und den bisherigen Wahlkampf: 53 Prozent der Befragten wünschen sich keinen der vorgeschlagenen Kanzlerkandidaten. Hier haben die Parteien Menschen an die Spitze gewählt, die eher in den eigenen Reihen ankommen – als bei den Menschen, für die sie Politik machen sollen. Und ostdeutsche Perspektiven finden hier gar keine Beachtung. Als sich die Union in diesem Jahr zankte, wer Kanzlerkandidat wird, war der Wunsch der CDU in Sachsen klar: Friedrich Merz oder auch Markus Söder, jedenfalls einen markigen Konservativen. Auch als Gegenpol zur AfD.

Wichtig wäre jetzt, dass der Wahlkampf die Kurve kriegt: Auf Bundesebene und durch Unterstützung der Bundestagskandidaten vor Ort. Die Kurve hin zu den Fragen der Menschen: Zum Umbau des Rentensystems, zur Sicherung der Pflege, zum bezahlbaren Wohnraum. Es sind ja noch sechs Wochen.



Nur jeweils 9 Prozent der Sachsen wünschen sich Armin Laschet (CDU, l.) oder Annalena Baerbock (Grüne) im Kanzleramt. Bei Olaf Scholz (SPD) sind es 19 Prozent. 53 Prozent der Sachsen lehnen alle drei ab. FOTOS: DPA

Laschet wird zum Problem der Sachsen-CDU

Der Unionskandidat kommt nicht mal in der eigenen Wählerschaft an. Scholz sammelt noch die meisten Punkte.

Von Kai Kollenberg

Leipzig. Armin Laschet hat nicht viele Fans in der sächsischen CDU – und die neueste Umfrage wird daran vermutlich nicht viel ändern. Bereits im Frühjahr wollte ein großer Teil der Union CSU-Mann Markus Söder als Unionskandidaten ins Rennen schicken: Mit Laschet käme man bei den Wählern nicht an. Zu wenig konservativ sei der NRW-Ministerpräsident. Wenn die Sachsen-CDU eins war, dann klar pro Söder.

Gerade einmal 24 Prozent würden derzeit in Sachsen für die CDU stimmen, wenn es um die Bundestagswahl geht. 24 Prozent – das ist niedriger als das Wahlergebnis vor vier Jahren, das den damaligen Ministerpräsident Stanislaw Tillich zum Rücktritt bewegte. 26,9 Prozent holte die Union 2017: 0,1 Prozentpunkt lag sie hinter der AfD. Die wiederum darf angesichts der aktuellen Zahlen erneut von einem Coup träumen. Sie ist aktuell die stärkste Kraft.

Dabei hatte die sächsische CDU zuletzt gehofft, wieder einen Vorsprung auf die AfD herausgearbeitet zu haben. Die Umstände schienen dafür günstig: Die Corona-Krise ist in den vergangenen Wochen abgeflaut. Sachsen hat bundesweit eine der niedrigsten Inzidenzen. Fast alle Beschränkungen sind gefallen.

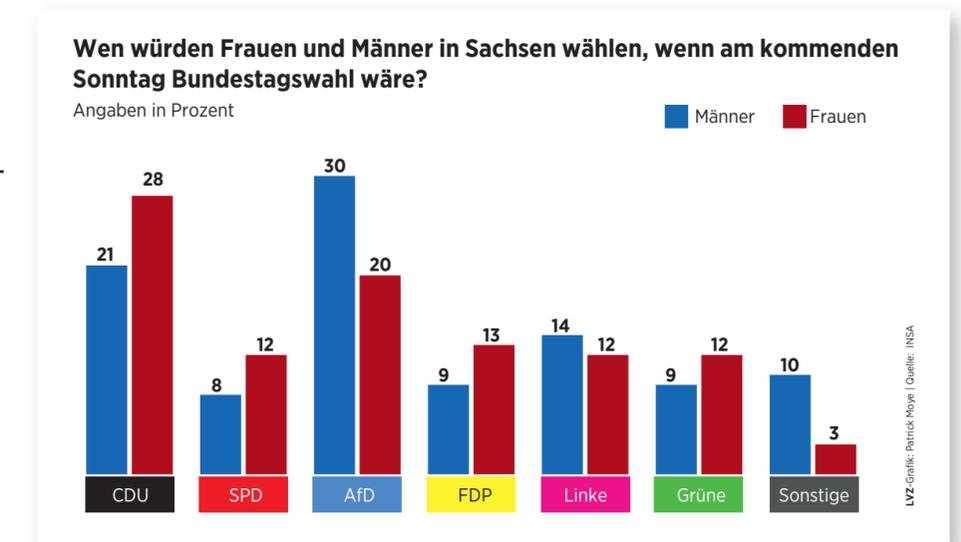
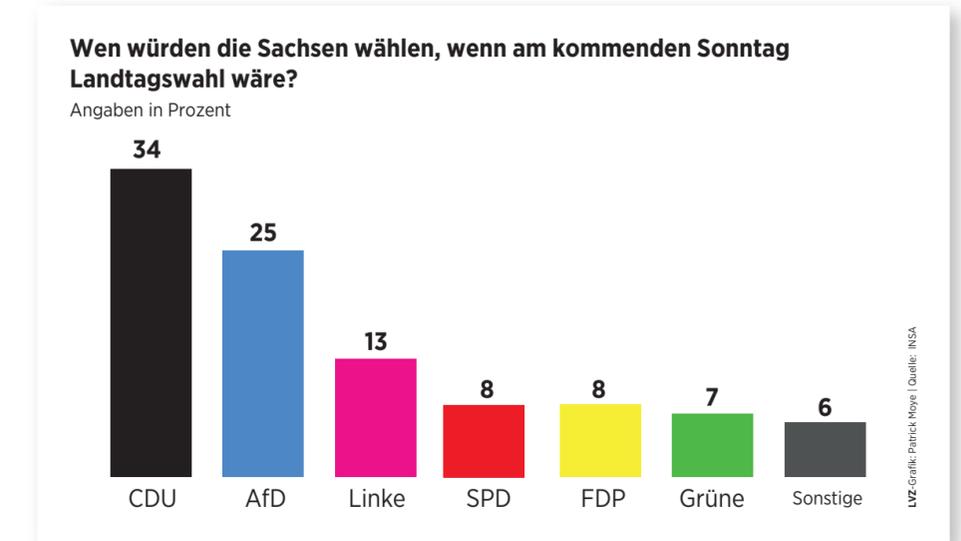
Die CDU-Landtagsfraktion hatte zudem koalitionsintern den Druck soweit erhöht, dass auch die Maskenpflicht beim Einkaufen bei Inzi-

denzen unter 10 obsolet wurde. Das Kalkül war offensichtlich: Man wollte der AfD, die so lange von der Pandemiepolitik profitiert hatte, nicht weiteren Zulauf beschern. Lockerungen sollten Normalität signalisieren.

Das Problem der CDU ist allerdings der Kanzlerkandidat. Die Zahlen lassen kaum einen anderen Schluss zu: Nur 27 Prozent der CDU-Wählerinnen und -Wähler im Freistaat wünschen sich, dass Laschet der nächste Bundeskanzler wird. Auf SPD-Spitzenmann Olaf Scholz als nächsten Kanzler zählen 61 Prozent der SPD-Anhängerinnen und -Anhänger. Annalena Baerbock kann sich auf 69 Prozent der eigenen Anhängerschaft verlassen. Selbst AfD-Wählerinnen und -Wähler tendieren mit 12 Prozent noch am ehesten zu Olaf Scholz, die FDP-Klientel schwankt zwischen Armin Laschet (13 Prozent) und seinem SPD-Konkurrenten (11 Prozent).

Immerhin wird anhand der Umfrage deutlich, dass die Sachsen-CDU nicht selbst Schuld an den vergleichsweise miesen Werten mit Blick auf die Bundestagswahl trägt. Geht es um die Landtagswahl verschieben sich die Zahlen deutlich. Auf 34 Prozent kann die Union hoffen. Die AfD folgt mit 25 Prozent auf Rang zwei, kommt somit auf das gleiche Ergebnis wie bei der anderen Sonntagsfrage.

Für die AfD ist das durchaus bedenkenswert. Ein Ergebnis nahe der 30 Prozent oder gar mehr er-



reichte sie in Landtagswahlumfragen bislang nie. Meinungsforscher haben schon vor Jahren festgestellt, dass die AfD ihr Potenzial im Freistaat nahezu ausschöpft. Laut dem Institut Insa liegt es momentan bei 31 Prozent: 6 Prozent der Befragten können sich grundsätzlich vorstellen, für die Partei bei der Bundestagswahl zu stimmen, obwohl sie sie erst einmal nicht wählen würden.

Allerdings schafft es die AfD nicht, das Potenzial zu erweitern. Der Dauerstreit innerhalb der AfD hat auch darin seine Ursache. Moderate Kräfte fordern seit Längerem, die Partei müsse sich von radikalen Positionen und Mitgliedern trennen, um neue Wählerschichten zu erschließen. Der deutschnationale Teil der AfD versteht sich eher als Rechtsaußen-Protestpartei.

Neben der AfD kommt nur die Linke auf die gleiche Prozentzahl bei der Frage nach der Bundestagswahl: 13 Prozent. Gegenüber der Landtagswahl 2019 wäre das auf den ersten Blick eine Verbesserung, damals erhielt die Linke 10,4 Prozent. Am Wahlabend flossen Tränen bei der Linke. Die Rede war von einem Desaster.



Aber die Befragung zeigt, dass die Sachsen-SPD nicht im gleichen Maße begeistert.

Bei einer Landtagswahl würden 8 Prozent für die Sozialdemokraten stimmen. Damit würden nur 64 Prozent derjenigen, die bei einer Bundestagswahl ihr Kreuz bei der SPD machen, dies auch bei der Sachsen-Wahl machen, wie sich in der Befragung zeigte. Der schlechteste Wert von allen abgefragten Parteien. Die Krise der sächsischen SPD ist kein kurzfristiges Phänomen. Den künftigen Vorsitzenden, die im Herbst gewählt werden, steht also viel Arbeit bevor.

Die Grünen wählten sich im Freistaat zwar auf dem Weg in die Zweistelligkeit: 10 Prozent erhalten sie aber nur bei der Umfrage zur Bundestagswahl, bei einer Landtagswahl würden sie auf 7 Prozent kommen. Ein Dämpfer für die Grünen, die bereits die 8,6 Prozent bei der 2019er Wahl als Niederlage empfanden. Zwar ist es ihnen gelungen, in der schwarz-grün-roten Koalition ihre Akzente zu setzen: Der sächsische Klimafonds ging beispielsweise auf die Grünen zurück. Die Wähler – außerhalb der Kernwählerschaft – scheinen dies aber kaum zu goutieren.

Fallschirmspringer tödlich verletzt

Alkersleben. In Thüringen ist am Sonntag ein 32-jähriger Fallschirmspringer aus Sachsen tödlich verunglückt. Der junge Mann habe am Vormittag die Landezone des Flugplatzes in Alkersleben (Ilm-Kreis) verfehlt und sei dann in einen Hangar aus Stahlblech geflogen, teilte die Polizei am Sonntag mit. Er starb noch vor Ort an seinen Verletzungen. Die genaue Ursache wird noch ermittelt.

GEWINNZAHLEN

Lotto am Samstag

Samstagslotto: 2 – 17 – 19 – 29 – 39 – 48
Superszahl: 1
Spiel 77: 2 8 7 6 2 8 8
Super 6: 3 0 6 6 3 9

Eurojackpot

Gewinnzahlen 5 aus 50:
4 – 31 – 39 – 43 – 46

Eurozahlen 2 aus 10: 1 – 4

(alle Angaben ohne Gewähr)

Parteien in Sorge: Plakate beschmiert oder abgehängt

Der Bundestagswahlkampf geht in die heiße Phase / In Mitteldeutschland hat das großflächige Plakatieren begonnen

Von David Hutzler und Sabrina Gorges

Erfurt/Leipzig/Magdeburg. Sechs Wochen vor der Bundestagswahl beginnen die Parteien in Mitteldeutschland mit dem Aufhängen ihrer Wahlplakate. Einige Gemeinden starteten damit bereits Ende Juli. Die Sorge vor Störaktionen und Zerstörungen wächst.

So wurde in der Nacht zum Sonntag im Leipziger Stadtteil Grünau ein Wahlplakat der Partei „Die Linke“ angezündet. Es verbrannte vollständig, wie die Polizei mitteilte. Die Täter sind unbekannt, es wird wegen Sachbeschädigung ermittelt.

Er sei beim Plakatieren in Erfurt bereits verbal attackiert worden, sagte der Landesgeschäftsführer der Grünen in Thüringen, Michael Kost. Das Plakat sei von dem Angreifer auch sofort wieder abgerissen worden. „Das hat schon eine

neue Qualität, wenn man noch während dem Plakatieren angegriffen wird.“

Auch der Thüringer Linken-Landesgeschäftsführer Mathias Günther geht mit Blick auf die Querdenker-Bewegung und die gesellschaftliche Gemengelage von schärferen Aktionen als früher aus. „Da sind dann auch Sachen dabei, die einfach nicht hinnehmbar sind.“ CDU und SPD erwarten ebenfalls vereinzelt Zerstörungen oder beschmierte Plakate.

In vielen Thüringer Kommunen dürfen die Parteien ab dem Wochenende, also sechs Wochen vor der Bundestagswahl, Wahlplakate aufhängen. Den genauen Zeitpunkt bestimmen die Kommunen selbst.

Die Landeswahlleitung in Magdeburg machte klar, dass es sich bei den sechs Wochen um einen Richtwert handele. „Eine landesweit geltende einheitliche Frist, ab wann

Wahlplakate innerhalb geschlossener Ortschaften angebracht werden können (...), existiert nicht“, so eine Sprecherin der Landeswahlleitung. In Erfurt und Magdeburg etwa war das Plakatieren schon zwei Monate vor der Bundestagswahl erlaubt. Die CDU in Thüringen geht grob überschlagen von 24 000 bis 32 000

Plakaten im Freistaat aus. Die Linke plant 20 000 Wahlplakate ein. Die Grünen planen mit 10 000 Standorten. Zu den Kosten für die Plakatwerbung konnten die meisten Landesverbände keine Angaben machen, da dies auch über die Bundesverbände laufe. Grünen-Geschäftsführer Kost sagte jedoch: „Wir rech-

nen mit rund fünf Euro pro Plakat.“ Die CDU in Sachsen-Anhalt will mit 30 000 Plakaten, die Grünen mit 4000 und die Linke mit 22 000 in den Wahlkampf zu ziehen. Der Landesverband der FDP stellt seinerseits rund 5400 Plakate kostenfrei zur Verfügung. Hinzu kämen jeweils hunderte Großflächenplakate. Die SPD und AfD ließen eine entsprechende Anfrage unbeantwortet.

Zu vermehrten Beschädigungen von Plakaten ist es auch in Berlin gekommen. Aus Kreisverbänden der Grünen war zu vernehmen, dass das Problem im Vergleich zu vergangenen Wahlen zugenommen habe. Zwei Geschäftsstellen seien Ziele von Schmierereien und Drohbriefen geworden, teilte ein Parteisprecher mit.

Man lasse sich aber nicht einschüchtern. Auch andere Parteien berichteten von Attacken auf ihre Wahlplakate.



In Leipzig-Connewitz sind die ersten Plakate zur Bundestagswahl zu sehen. FOTO: ANDRÉ KEMPNER

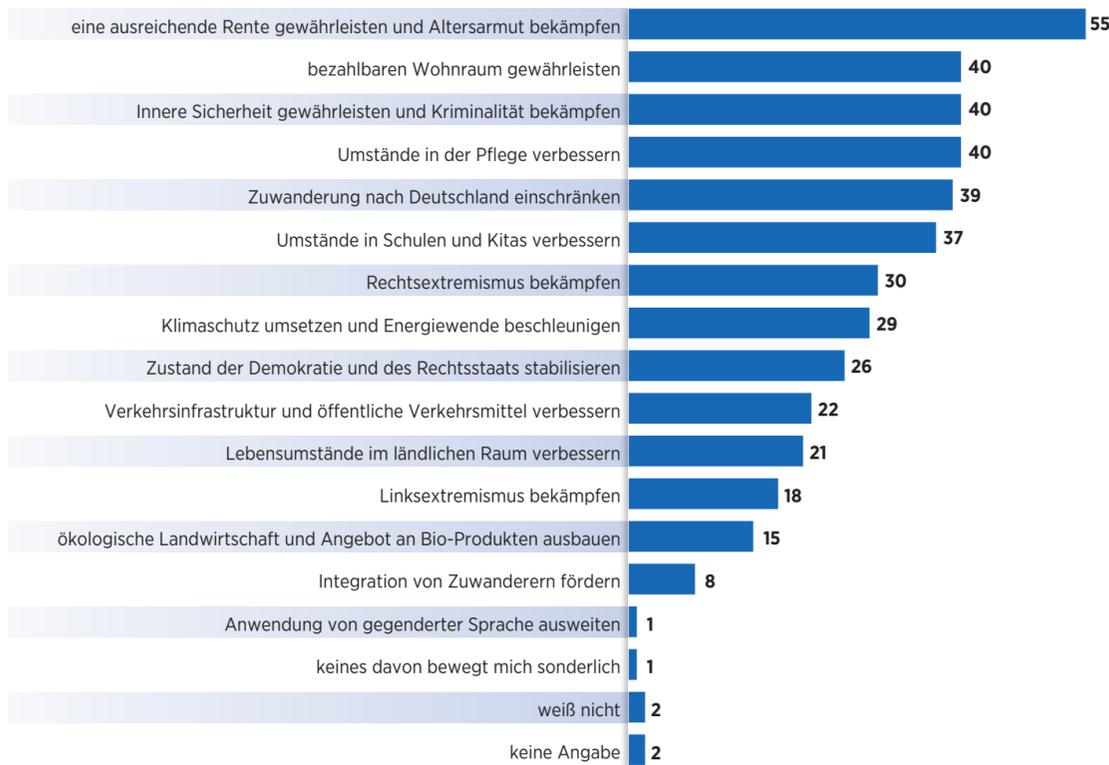
So würden die Sachsen wählen – und diese Themen sind ihnen wichtig

Rente, Wohnen und Sicherheit

Die Sachsen interessiert die Altersversorgung am meisten, die Gendersprache am wenigsten.

Welche Themen bewegen die Sachsen im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl am meisten?

Angaben in Prozent / max. 5 Nennungen



LVZ-Grafik: Patrick Meye | Quelle: INSA



Altersabsicherung, Wohnraum, Kriminalitätsbekämpfung, Pflege und Zuwanderung – das sind die fünf Top-Themen der Umfrage. FOTOS: DPA

Fragen Sie die Kandidaten Ihres Wahlkreises

Leipzig. LVZ-Leserinnen und -Leser können vor der Bundestagswahl mit den Direktkandidaten ihres Wahlkreises ins Gespräch kommen und sich selbst ein Bild von denen machen, die sich zur Wahl stellen. Ihre Leipziger Volkszeitung lädt gemeinsam mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung zu Wahlforen in der Region ein. Die Veranstaltungen sind Teil eines sachsenweiten Kooperationsprojektes der Landeszentrale mit den großen regionalen Tageszeitungen Freie Presse, Sächsische Zeitung und LVZ sowie der Hochschule Mittweida.

Eingeladen sind die Direktkandidaten des Wahlkreises der im Bundestag vertretenen Parteien mit Fraktionsstatus, also CDU, AfD, Grüne, SPD, Linke und FDP. Gäste können ohne Voranmeldung kommen, bis der jeweilige Saal voll ist. Es gelten wegen der Pandemie allerdings die 3G-Regeln, das heißt: Genesene, Geimpfte und Getestete haben Zutritt. Über alle Veranstaltungen wird auch auf LVZ.de und in der LVZ berichtet.



LVZ Freie Presse Sächsische Zeitung

Das sind die Termine:

- 31. 8. Wahlkreis Leipziger Land; Froburg, Schützenhaus; Greifenhainer Straße 2
- 1. 9. Wahlkreis Leipzig-Süd; Propsteikirche; Leipzig, Nonnenmühlgasse 2
- 2. 9. Wahlkreis Nordsachsen; Eilenburg, Bürgerhaus; Franz-Mehring-Straße 23,
- 6. 9. Wahlkreis Leipzig-Nord; Tapetenwerk; Leipzig, Lützener Straße 21
- 8. 9. Wahlkreis Leipziger Land; Grimma, Muldental-Halle; Südstraße 80
- 15. 9. WK Leipzig-Süd; LVZ-Kuppel; Leipzig, Petersteinweg 19
- 16. 9. Wahlkreis Leipzig-Nord; Friedenskirche; Kirchplatz 1
- 20. 9. WK Nordsachsen; Torgau, Kulturhaus; Rosa-Luxemburg-Platz 16.

Von Andreas Debski

Leipzig. Klima? Verkehr? Gendersprache? Nein, am meisten beschäftigt die Sächsischen und Sachsen, ob die Rente ausreichend ist und die Altersarmut bekämpft wird. Der Themenkomplex liegt in der großen LVZ-Umfrage zur Bundestagswahl mit Abstand auf dem ersten Rang. Damit wird unterstrichen, was vielen Menschen im Freistaat am wichtigsten ist – und dass nicht nur die aktuellen Debatten häufig an ihrer Wirklichkeit vorbeigehen, sondern auch die meisten Wahlprogramme der Parteien nur unzureichende Antworten liefern. Das Meinungsforschungsinstitut Insa aus Erfurt hatte zwischen dem 2. und 9. August insgesamt 1001 Sächsischen und Sachsen im Auftrag der LVZ befragt.

Demnach ist für mehr als die Hälfte (55 Prozent) die Absicherung im Alter das Problem Nummer 1 – und das nicht allein, weil Sachsen das Bundesland mit dem höchsten Altersdurchschnitt ist. Wie das Stimmungsbild zeigt, ist die Rente bereits für die 18- bis 29-Jährigen das Top-Thema (42 Prozent), genauso bei den 30- bis 39-Jährigen (47 Prozent). In dieser Altersgruppe liegt die Altersabsicherung allerdings gleichauf mit der Bil-

dung: Die Mittdreißiger machen sich auch viele Gedanken, wie die Zustände in den Kitas und den Schulen verbessert werden können. Die größten Sorgen um ihren Lebensabend haben aktuell die Sächsischen und Sachsen zwischen 50 und 59: Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) sehen die Rente als dringlichstes Problem.

Die LVZ-Umfrage zeichnet auch ein klares Bild, wenn es um die jeweiligen Parteipräferenzen bei diesem Thema geht: Die meisten Zukunftsängste haben potenzielle AfD-Wähler (63 Prozent) und interessanterweise auch FDP-Sympathisanten (62 Prozent), dahinter folgen Linke und SPD (jeweils 56 Prozent) sowie CDU (45 Prozent). Dagegen spielt die Altersabsicherung für Grünen-Wähler im Vergleich nur eine geringe Rolle (36 Prozent). In ihren Wahlprogrammen heben die Linken – Angleichung der Ost-Renten – und auch die AfD, die eine Fondslösung mit Einmalzahlungen vorschlägt, speziell dieses ostdeutsche Problem hervor.

Unter den 15 Themen, die bei dem Stimmungstest vor der Bundestagswahl abgefragt wurden, geht es hinter der Rente äußerst eng zu: Der bezahlbare Wohnraum, die verstärkte Kriminalitätsbekämpfung und die verbesserte Situation in der Pflege

folgen mit jeweils 40 Prozent, knapp dahinter liegt die Forderung, die Zuwanderung nach Deutschland einzuschränken (39 Prozent). Dagegen werden die ökologische Landwirtschaft (15 Prozent), die verstärkte Integration von Zuwanderern (8 Prozent) sowie die Ausweitung von gegenderter Sprache (1 Prozent) am seltensten genannt. Die 1001 Befragten konnten jeweils fünf Themen als besonders wichtig markieren.

Auffällig ist bei den Schwerpunkten, dass ein besserer Klimaschutz und eine beschleunigte Energiewende zum einen keine herausgehobene Bedeutung unter den Sächsischen und Sachsen haben (29 Prozent) – und das Thema zum anderen nur bei den 40- bis 49-Jährigen (36 Prozent) überdurchschnittlich abschneidet. Dagegen messen dem Klima vergleichsweise wenig 18- bis 29-Jährige (24 Prozent) eine wichtige Stellung bei. Das ist der Tiefstwert unter allen fünf Altersgruppen, während die über 60-Jährigen mit 30 Prozent Klima-Interesse immerhin auf Platz zwei landen. Für die unter 30-Jährigen ist das bezahlbare Wohnen (41 Prozent) und die Begrenzung der Zuwanderung (32 Prozent) akuter als der Klimaschutz, der auf den gleichen Umfragewert wie die Ver-

besserung des Lebens auf dem Land kommt.

Auch die Gewichtung nach Parteipräferenzen lässt aufschlussreiche Folgerungen zu. Dabei dürfte wenig überraschen, dass für potenzielle AfD-Wähler die Begrenzung der Zuwanderung (73 Prozent) und für Grünen-Sympathisanten der Klimaschutz (83 Prozent) absolute Priorität hat. Im Detail ergeben sich allerdings interessante Facetten. So stehen bei Anhängerinnen und Anhängern der SPD die Innere Sicherheit (44 Prozent) und der ländliche Raum (27 Prozent) überdurchschnittlich hoch im Kurs. Linke-Wählerinnen und -Wähler wissen – ähnlich wie bei der AfD – sehr genau, was sie wollen und heben bezahlbaren Wohnraum (51 Prozent), den Bildungsbereich (47 Prozent) sowie eine bessere Verkehrsinfrastruktur (38 Prozent) heraus: Damit liegen sie teilweise weit vor der Anhängerschaft anderer Parteien.

Ernüchternd dürfte hingegen für die CDU sein, dass ihre eigentlich als Kernkompetenzen formulierten Themen in der potenziellen Wählerschaft nicht übermäßig gut ankommen: Die Verbesserung der Lebensumstände im ländlichen Raum halten nur 27 Prozent – und damit genau so viele wie bei den Sozialdemokraten – für

besonders wichtig, auch mit Innerer Sicherheit (42 Prozent) kann kein Vorsprung herausgeholt werden. Dagegen sehen 41 Prozent der CDU-Sympathisanten bezahlbaren Wohnraum und 33 Prozent den Klimaschutz als dringend an. Möglicherweise ist dies auch ein Grund, weshalb der Union bei der Bundestagswahl am 26. September ein historisch schlechtes Wahlergebnis in Sachsen droht.

Interessante Unterschiede stellt die LVZ-Umfrage auch bei der Themengewichtung zwischen Frauen und Männern fest. Nach der Altersabsicherung, die diese beiden Geschlechter unisono als wichtigstes Problem sehen, bezeichnen die weiblichen Befragten die Pflege (46 Prozent), das Wohnen (45 Prozent) sowie den Bildungsbereich und die Kriminalitätsbekämpfung (jeweils 40 Prozent) als besonders dringende Herausforderung.

Dagegen nennen die männlichen Umfrage-Teilnehmer ebenso die Innere Sicherheit (40 Prozent), aber darüber hinaus die Begrenzung der Zuwanderung (40 Prozent), die Stabilisierung des Rechtsstaates (31 Prozent) sowie den Kampf gegen Rechtsextremismus (31 Prozent) überdurchschnittlich häufig.

Angebote für Familien statt „Lange Nacht des Impfens“

In Berlin wird in Clubs bei wummernden Bässen und Livemusik geimpft / In Sachsen und Thüringen geht das DRK andere Wege

Von Jonas Klüter

Dresden/Erfurt. Trotz des Erfolgs der „Langen Nacht des Impfens“ in Berlin will man in Sachsen andere Wege gehen, um die Impfbereitschaft zu steigern. Derzeit lägen keine Informationen vor, dass vergleichbare Aktionen in den sächsischen Impfzentren geplant seien, sagte eine Sprecherin des DRK Sachsen.

Am ersten Tag der „Langen Nacht des Impfens“ Anfang dieser Woche hatten sich in Berlin nach Behördenangaben rund 420 Menschen zu Techno-Musik und schummerigem Licht impfen lassen. Veranstalter wurde die Aktion vom Berliner Senat, der Clubcommission und dem DRK. Von 20 Uhr bis Mitternacht war eine Impfung ohne Anmeldung möglich.

„Generell besteht eine hohe Bereitschaft, in den Clubs und Livemusikspielstätten einen Beitrag zum

Impffortschritt zu leisten“, sagte ein Sprecher des LiveKombinats Leipzig. Allein in diesem Sommer plant der Verein nach eigenen Angaben etwa 150 Kulturveranstaltungen. Angesichts steigender Infektionszahlen und einer möglichen Verschärfung der Corona-Regeln seien Veranstaltungen in Innenräumen absehbar „wirtschaftlich, planerisch und künstlerisch sowie aus Sicht der Gäste praktisch nicht durchführbar“ gewesen.

In Sachsen und Thüringen unterbreitet das DRK in den Impfzentren spezielle Angebote für Familien. So auch am vergangenen Sonnabend. „Die Resonanz war durchwachsen, überrannt wurden wir nicht“, sagte ein DRK-Sprecher auf Anfrage. Während in Löbau bis zum frühen Nachmittag etwa 20 Prozent mehr Impfungen ohne Termin kamen als sonst und auch 20 Kinder geimpft wurden, waren es in Leipzig so viele

wie in den vergangenen Tagen – darunter aber „auffällig mehr Familien“. Viele Familien nahmen den Pils auch beim Besuch im Freizeitpark Belantis bei Leipzig mit.

Auch in Thüringen gab es am Samstag einen landesweiten Familienimpftag. Kinder ab zwölf Jahren und Jugendliche konnten sich ge-

meinsam mit ihren Familienangehörigen mit dem Impfstoff von Biontech/Pfizer gegen Covid-19 immunisieren lassen. An der Aktion beteiligten sich die 27 regionalen Impfstellen sowie die größeren Impfzentren in Meiningen und Leinefelde. Erwachsene ab 18 Jahren konnten sich außerdem ohne vorherige

Terminbuchung mit dem Vakzin von Johnson & Johnson impfen lassen. Hier genügt eine Impfung für den vollständigen Impfschutz.

Sachsens Kulturministerin Barbara Klepsch (CDU) hat – auch mit Blick auf eine Rückkehr zur kulturellen Normalität in der Coronapandemie – zum Impfen aufgerufen. „Nicht nur, um sich selbst zu schützen, sondern auch die anderen, die das nicht können“, sagte sie am Wochenende. Die Frage, wann wieder Normalität herrsche, beschäftige viele. „Die Antwort ist: Eine höhere Impfquote bringt uns mehr Sicherheit für den Herbst und den Winter.“ Das helfe Museen und Theatern, Konzertveranstaltern, aber auch der Kneipe um die Ecke.

„Ich wäre beruhigter, wenn die Impfquote höher wäre“, sagte Klepsch und appellierte an Ungeimpfte: „Es gibt reichlich Impfstoff, einfacher als jetzt war es nie.“ Die



Im Impfzentrum in der Stadthalle Zwenkau wird gegen das Coronavirus geimpft.

FOTO: ANDRÉ KEMPNER

Kultur, aber auch Gastronomie und Veranstalter seien vom Wollen und der Einstellung der Menschen abhängig.

In Sachsen läuft die Impfkampagne eher schleppend. Der Freistaat ist weiter Schlusslicht unter den Bundesländern. Laut der jüngsten Übersicht des Robert-Koch-Instituts (RKI) vom Samstag waren erst 49,5 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft – das ist der deutschlandweit niedrigste Wert. Der Bundesschnitt beträgt 57 Prozent.

Laut RKI steigt die Zahl der Corona-Neuinfektionen in Deutschland weiter. Am Sonntagmorgen lag die Sieben-Tage-Inzidenz bei 35,0 – am Vortag hatte der Wert 32,7 betragen, vor einer Woche 22,6. Die Gesundheitsämter in Deutschland meldeten dem RKI binnen eines Tages 4728 Neuinfektionen. Vor einer Woche waren es 3127 gewesen.



Sechs Zapfsäulen, Waschanlage, Shop: die Tankstelle in Mügeln.

„E-Auto? Hat nur mein Steuerberater“

Themen zur Bundestagswahl: Die Deutschen fahren durchschnittlich 13 000 Kilometer im Jahr mit dem Auto. Um das Klima zu schützen, soll das weniger werden. Aber wie? Besuch an einer Tankstelle auf dem Land in Sachsen.

Von Denise Peikert (Text)
und Christian Modla (Fotos)

10 Uhr morgens an der Tankstelle in Mügeln. Der Liter Diesel kostet 1,47 Euro, sieben Cent mehr als vor einer Stunde, und die Bockwurst mit Brötchen kostet 1,90 Euro, genauso viel wie gestern. Ob sie schon eine Wurst warm hat? „Schon?“, fragt Isolde Nestler zurück, eine kleine Frau mit roten Haaren und Glitzersteinchen am Halsausschnitt. Um halb fünf hat sie den Wurstwärmer eingeschaltet, um sechs macht ihre Tankstelle auf. Dann dauert es nie lange, bis jemand die erste Wurst des Tages bestellt.

Isolde Nestler, 61 Jahre alt, pachtet die BFT-Tankstelle in Mügeln seit zehn Jahren. Wie eine Burg liegt die Station auf einer Anhöhe neben der S 31. Sechs Zapfsäulen, eine Autowaschanlage, im Shop ist heute Waidbauer Export im Angebot, 6,99 Euro der Kasten, und im Geschenkeregale macht eine Motto-Tasse Mut: „Held des Tages“. Durch die Fenster ihres Verkaufsräumchen sieht Isolde Nestler die überirdischen Benzin- und Dieseltanks, das Klo ist „raus, zweite Tür rechts“. Ob sie manchmal darüber nachdenkt, dass Tankstellen überflüssig werden könnten, sollten irgendwann keine Verbrenner mehr zugelassen werden? Sollten die Menschen auf dem Land ihre Stromautos zukünftig im eigenen Garten laden? Nee, sagt Nestler. Der einzige, der sowas mache, sei ihr Steuerberater.

65 Millionen Tonnen CO₂ will Deutschland bis 2030 beim Verkehr einsparen. 96 Prozent der Emissionen in dem Sektor kommen bislang von Autos und Lastwagen. Weniger fahren sollen die Deutschen deshalb

oder wenigstens elektrisch. In den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl steht, wie die Parteien sich das vorstellen. Die Grünen wollen eine Prämie für alle, die ihr Auto abmelden. Die SPD garantiert jeder und jedem eine wohnortnahe Haltestelle für Busse, Bahnen und Züge. Und die CDU will mehr Ladesäulen an öffentlichen Neubauten und in Parkhäusern.

Dreieinhalb Stunden Bus für sechs Kilometer

Was halten die Menschen davon, hier an der Tankstelle in Mügeln, der Kleinstadt mit knapp 6000 Einwohnern zwischen Döbeln und Oschatz, wo es kein Parkhaus gibt, der Dieselzug eines privaten Anbieters vor allem Schüler transportiert und 3500 Autos zugelassen sind?

Ein orangefarbener SUV von BMW rollt den Berg zur Tankstelle hoch, am Steuer ein Mann, der eigentlich gar nicht mehr fahren will und jetzt aussteigt, um Isolde Nestler eine „Bild“-Zeitung abzuholen. Tanken muss das Ehepaar heute nicht, dafür waren sie gestern schon da, denn natürlich fahren sie doch noch. Zum Einkaufen, zum Arzt, zu den Enkeln, zur Tankstelle. Nur zum Urlaubsflieger nach Dresden nehmen sie den Zug, den gibt's kostenlos zum Flugticket und der fährt von Oschatz aus. Der Bus würde 25 Minuten zum Bahnhof brauchen und fährt alle ein bis zwei Stunden. „Zum Bahnhof fahren uns dann die Kinder“, sagt die Frau.

Auch Katrin Bark ist nicht zum Tanken gekommen, das muss sie erst nächste Woche wieder. Aber sie hatte ein Paket abzugeben im Hermes-Shop von Isolde Nestler. Früher, sagt Katrin Bark, wäre es vielleicht gegangen ohne Auto, weil es

da alles gegeben habe in Schrebitz, dem Dorf, in dem sie schon immer wohnt, seit 53 Jahren. Bark zählt auf: Drei Bäcker hatten sie, einen Fleischer, Kindergarten, Schule, sogar die Post für Pakete. Jetzt, sagt sie, müsse man für alles fahren. Wollte man die gut sechs Kilometer von Schrebitz nach Mügeln mit Bus und Bahn bewältigen, man wäre mehr als drei Stunden unterwegs. Bark ist Krankenschwester, sie kann sich schon vorstellen, ein Elektroauto zu fahren, ein bisschen habe sie ja noch bis zur Rente. Aber damit den Klimawandel aufhalten? „Dafür ist es zu spät“, sagt sie und dieser Fatalismus haut natürlich alles um. Aber ja doch, sagt Bark, kürzlich habe ihr Mann sie gerufen, weil sich am Horizont ein kleiner Tornado gebildet hatte, der bald darauf wieder zusammengefallen sei. „Ich konnt's selbst nicht glauben, aber es war so“, sagt sie und das damit die Sache für sie durch sei: ein Tornado in Schrebitz!

Volkmar Paasch will seinen BMW waschen. Er stammt aus Halle, hat aber den Großteil seines Le-

bens in einer Kleinstadt in Baden-Württemberg verbracht. Jetzt zieht er nach Mügeln, der Liebe wegen. Er findet, hier müsse man ganz viel mit dem Auto erledigen. Eigentlich reiche es noch nicht einmal, wenn man bis nach Oschatz fahre, die nächstgelegene größere Stadt mit gut doppelt so vielen Einwohnerinnen und Einwohnern wie Mügeln. Paasch fehlt eine Auswahl an Supermärkten, wie er sie aus dem Süden der Republik kennt. Ein Einkaufszentrum, wo er auch seine Hosen kaufen kann. „In meinem Ort im Süden konnte ich alles zu Fuß erledigen“, sagt Paasch.

Tankstellen auf dem Land, das waren mal Orte, an denen man sich informierte, welches Auto die anderen fuhren. Achim Palm fährt einen schwarzen BMW, „ab Golf geht ein richtiges Auto für mich los“, sagt er. Er ist Niederlassungsleiter in Sachsen und besitzt 25 Tankstellen in der Gegend, darunter die in Mügeln, die Isolde Nestler gepachtet hat. An einer anderen Tankstelle haben sie

kürzlich einen Platz mit Ketten abgesperrt, damit die Jugendlichen sich abends dort nicht mehr mit ihren Mopeds treffen. Denn die, sagt Palm, bringen ihr eigenes Bier mit und machen sonst nur Dreck.

E-Ladesäulen? „Rechnen sich nicht“

Drei der von Palm betreuten Tankstellen liegen an Autobahnen. „Wir haben mal durchrechnen lassen, ob Ladesäulen für E-Autos dort Sinn machen“, sagt Palm. Machten sie nicht, viel zu hoch sei die Investition, vielleicht ändere sich das auch noch mal, denn eigentlich ist Palm klar: „Wir machen schon die Welt kaputt.“ Er erzählt, wie super er es gefunden habe, als er einmal einen Tesla zur Probe fahren durfte und wie der abgezischt sei. Aber insgesamt ist ihm das Ganze noch zu wenig durchgedacht: Wo soll denn der viele grüne Strom herkommen, wenn keine Windräder gebaut werden? Wie lange muss ich an der Tankstelle warten, bis eine besetzte Ladesäule vor mir frei ist? „Derzeit muss man das schon lieben“, sagt Palm.

Solange all das so ist, die Ladesäulen fehlen, die Busse, und weil Autofahren eh auch Spaß macht und das einfachste ist auf dem Land, arbeitet Isolde Nestler im Rhythmus des Spritpreises. Acht Mal ändert er sich an diesem Donnerstag allein bis zum Mittag. Sechs Cent rauf ging's mit dem Preis für den Liter Diesel um 5.12 Uhr, sechs Minuten später waren's nochmal drei Cent mehr. Um 11.12 Uhr fällt der Preis um vier Cent, Diesel kostet jetzt 1,42 Euro und Nestler sagt: „Warten wir mal zehn Minuten, dann ist es hier wie in einem Bienenschwarm.“ Die Menschen schauen im Internet nach den Preisen an den Tankstellen und setzen sich ins Auto, wenns günstiger werde.

Die meisten von Isolde Nestlers Kundinnen und Kunden kommen regelmäßig. Dienstags und donnerstags die Rentnerinnen und Rentner, denn dann ist Markttag in der Stadt. Und dann, sagt Nestler, wird auch getankt, „manchmal nur für 20 Euro“. Nestler braucht an diesen Tagen mehr Zeit für die Geschichten von Krankheiten, Enkelkindern und Corona. Bevor sie sich selbstständig gemacht hat, arbeitete Nestler in einem Getränkemarkt. An der Tankstelle sei es vielseitiger. „Hier habe ich mehr mit Menschen zu tun“, sagt sie. Die Standorte von Oel-Heimburger, an denen es nur noch einen Tankautomat gibt, kein Personal und keinen Shop, verlieren ein Drittel ihrer Kundschaft.

Von Isolde Nestlers Tankstelle aus wollen alle irgendwohin. Volkmar Paasch hat ein BMW will zu einer Hochzeit in den Spreewald, die Krankenpflegerin Katrin Bark will nach Hause für heute und Chris Marsden wollte eigentlich nach Prag. Aber er ist Briten, und gerade kann er wegen der Corona-Situation in seiner Heimat nicht so ohne Weiteres nach Tschechien einreisen. Jetzt stellt er sein Fahrrad vor dem Tankstellenshop ab. Damit ist er unterwegs, sein Startpunkt in Deutschland war Cuxhaven. Marsden braucht eine Radwanderkarte der Gegend um Mügeln.

Normalerweise, meint er festgestellt zu haben, ist Deutschland das beste Land zum Radfahren. Nur diese Straße hier an der Tankstelle, die S 31, die sei eine Ausnahme. Grauvoll eng. Marsden will auf einer Karte einen besseren Weg in den Südosten finden, an der Elbe sei es zum Beispiel so schön gewesen. Es ist kurz nach 12 Uhr am Mittag, der Dieselpreis ist gerade wieder um sechs Cent gestiegen. Eine Radwanderkarte, die hat Isolde Nestler nicht.

Was bewegt die Sachsen?



Was bewegt die Menschen in Sachsen? Rente, Pflege, Mobilität, Windkraft: Themen, die den Menschen in unserer Region wichtig sind. In einer Reportage-Reihe bis zur Bundestags-

wahl beleuchten wir die einzelnen Themenfelder. Die heutige Reportage widmet sich der „Mobilität auf dem Land“.

Weitere Themen

In den nächsten Wochen bis zur Wahl lesen Sie außerdem Reportagen, Analysen oder Interviews zu diesen Schwerpunkten:

- Wohnen und Miete
- Grüne Landwirtschaft
- Windenergie und Klimaschutz
- Pflege
- Rente und Altersarmut
- Migration und Flüchtlinge
- Kriminalität und Sicherheit



Wenn der Spritpreis fällt, kommen die Menschen wie ein „Bienenschwarm“ zur Tankstelle von Isolde Nestler (61).



Elektromobilität, schön und gut und wichtig, findet Achim Palm. Aber noch nicht zu Ende gedacht. Palm leitet die Niederlassungen von Oel-Heimburger.



Schon fatalistisch: Katrin Bork glaubt nicht, dass der Klimawandel noch aufzuhalten ist.

Wohnen: Ein Thema, zwei Welten



Johanngeorgenstadt

Dieses Haus aus den Fünfzigerjahren will die kommunale Wohnbau GmbH als nächstes in Johanngeorgenstadt abreißen. Hier wohnt niemand mehr.



Leipzig

Von den 104 Genossenschaftswohnungen der Lipsia am Leipziger Adler stehen aktuell nur drei leer. Die Durchschnittsmiete beträgt 5,06 Euro kalt pro Quadratmeter.

Themen zur Bundestagswahl: Mietendeckel, Mietbremse, Mietpause – im Bundestagswahlkampf stürzen sich die Parteien links der CDU auf den Wohnungsmarkt. Doch mit solchen Eingriffen würden die Probleme nur verschlimmert, protestieren Sachsens Vermieter. Die Fehler der Politik drohten, den Freistaat zu zerreißen. Kleinstädte im Erzgebirge müssen noch immer viele Häuser abreißen, die bei Mietern in Leipzig höchst begehrt wären.

Von Jens Rometsch
(Text und Fotos)

Ein gut geworfener Fehde-Handschuh hätte kaum schärfere Reaktionen hervorrufen können. Im Juni kündigte die sächsische Staatsregierung an, dass ab Januar 2022 in Leipzig und in Dresden eine Mietpreisbremse gelten soll. Alle fünf großen Verbände der Wohnungswirtschaft im Freistaat protestierten sofort dagegen. In ungewöhnlich harschem Ton.

Die Bremse sei „von Seiten der SPD und der Grünen aus rein wahltaktischen, ideologischen Gründen forciert“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung, die fast verzweifelt klang. „Entscheidungen dürfen nicht entgegen einer klaren Faktenlage getroffen werden“, kritisierten die Verbände und kündigten juristische Schritte an. Man sehe darin „die Aufkündigung einer seit Jahren auf Zahlen und Fakten basierten Zusammenarbeit“.

60 Prozent der Einwohner weg

Nun repräsentieren die fünf Verbände keine wildgewordenen Haudegen. Ihre Mitglieder sind fast alle Wohnungsgenossenschaften, kirchliche und kommunale Vermieter, auch ein großer Teil der privaten Hauseigentümer in Sachsen. Wer verstehen will, warum sie jetzt auf die Barrikaden gehen, der könnte mal nach Johanngeorgenstadt fahren. Die Kleinstadt im Erzgebirge zählte zur Wende 10000 Einwohner, heute sind es 3900. Und bei der kommunalen Wohnbau GmbH erzählt der Technische Leiter Olaf Beyer, dass auch zwei seiner drei Kinder längst in Leipzig leben. „Mein Junge ist Schiedsrichter bei RB.“

Im Rathaus von Johanngeorgenstadt hängt eine lange Bildergalerie von Gebäuden, die es nicht mehr gibt: das Kulturhaus „Karl Marx“, frühere Fabriken, sogar sanierte Wohnhäuser in der Steigerstraße. Wo einst das Kaufhaus stand, stehen heute Tourismus-Ikonen: ein riesiger Schwibbogen aus Edelstahl oder die mit 25 Metern höchste Weihnachtspyramide der Welt.

300 von 800 Wohnungen leer

Bürgermeister Holger Haschek (SPD) erzählt, dass schon 2000 Wohnungen abgerissen wurden. Doch noch immer seien bei der hoch verschuldeten kommunalen Wohnungsgesellschaft rund 300 der 800 Wohnungen leer. Bis 2025 sollen deshalb weitere 213 wegkommen. Sie verursachen nur Kosten, stören das Ortsbild.

Immerhin besserte sich die Lage



Nelly Keding (42) ist Vorstand der Leipziger Wohnungsgenossenschaft Lipsia.

FOTO: TOM DACHS



Anja und Florian Pleßke (35, 36) sind superglücklich mit ihrem Zuhause in der Leipziger Antonienstraße.



Johanngeorgenstadts Bürgermeister Holger Haschek (56, SPD) hofft, mit preiswertem Bauland die Einwohnerzahl zu stabilisieren.

in den letzten zwei bis drei Jahren merklich, betont Haschek. „Wir haben nicht nur Wald und Berge, sondern jetzt auch gute Arbeitsplätze in vielen Branchen zu bieten. Erstmals gab es mehr Zuzüge als Wegzüge.“ Jedoch gleiche der Trend das hohe Geburtendefizit nicht aus. Auf einem Teil der Abrissflächen bietet die Stadt nun Bauland für knapp 20 Euro pro Quadratmeter an – in Leipzig wäre das Zehnfache noch ein Schnäppchen.

Johanngeorgenstadt hat viel getan, um den Exodus zu stoppen. Es gibt dort Ärzte, Apotheke, Schulen, Freibad, Tankstelle, Jugendherberge, Wintersport und zwei Zulieferer der Automobilindustrie. Trotzdem wird die Anzahl der Einwohner bis 2035 noch mal um ein Viertel sinken, so die offizielle Prognose. Ähnliches droht vielen anderen sächsischen Kleinstädten: wie Thalheim, Klingenthal, Hoyerswerda, Wilthen, Auerbach. Die Jugend zieht in die Großstädte – solange die für sie erschwinglich sind. Auch deshalb bekämpft Rainer Seifert vom Verband vdw, der 120 kommunale Wohnungsgesellschaften vereint, die Mietpreisbremse für Dresden und Leipzig. „Sie ist eine Fehlentscheidung gegen den ländlichen Raum.“

Nick Langer lernt im Rewe von Johanngeorgenstadt Einzelhandelskaufmann. Der 18-Jährige will nach Abschluss der Lehre wegziehen. „Für junge Leute ist hier nichts los.“ Er wohnt in einer Siedlung aus den Fünfzigerjahren, wo als nächstes das Haus Zum Kanzelstein 5 abgerissen wird. Danach folgen weitere Häuser des gleichen Typs in der Nachbarstraße Am Schimmelfelsen. Wenigstens kann die Wohnbau GmbH nun zeitgleich andere Häuser in dem Viertel sanieren.

In Leipzig stehen am Adler in Schleußig fast identische Häuser –

ebenfalls aus den Fünfzigerjahren. Von den 104 Wohnungen in dieser Siedlung sind drei frei, erklärt Nelly Keding, Vorstand der Genossenschaft Lipsia. Die Kaltmiete liege bei durchschnittlich 5,06 Euro pro Quadratmeter. Eine frisch hergerichtete Drei-Raum-Wohnung werde für 5,50 Euro angeboten. Das ist jeweils etwa ein Euro mehr als am Kanzelstein im Erzgebirge.

Umbau für Familie am Adler

Zum Beispiel lebt in einem der Lipsia-Häuser am Adler Familie Pleßke. Als Anja und Florian ihr zweites Kind bekommen hatten, wurde ihre frühere Wohnung in Grünau zu klein. Deshalb zogen die Umweltingenieurin und der Mitarbeiter des Uniklinikums Ende 2015 in die Antonienstraße. Als sich das dritte Kind ankündigte, bekamen sie erneut Unterstützung vom Vermieter. „Unsere Genossenschaft hat extra einen Durchbruch zur Nachbarwohnung gebaut. Seitdem können wir fünf Zimmer mit 100 Quadratmetern nutzen. Die Miete beträgt 700 Euro warm. Eine Erhöhung hatten wir noch nie. Und der Spielplatz liegt vor unserer Haustür in einem herrlich grünen Hof.“

In vielen Teilen von Leipzig wäre so eine Lösung heute gar nicht mehr möglich, berichtet Lipsia-Chefin Keding. „Der Stadtrat hat soziale Erhaltungssatzungen beschlossen, die Grundrissänderungen verbieten.“ Gleiches gelte für den Einbau von Fahrstühlen – selbst wenn im vierten Stock betagte Senioren leben. Ihren Zweck, Mieter vor einer Verdrängung zu schützen und günstige Preise zu sichern, erfüllten die Satzungen in der Praxis so gerade nicht.

Die Messestadt hat in den letzten zehn Jahren 100000 Einwohner dazugewonnen. Zugleich kletterten

„Stadt für alle“ fordert Wohnungsgemeinnützigkeit

Aus Sicht der Leipziger Initiative „Stadt für alle“ gibt es im neuen Bundestag viel Handlungsbedarf, um bezahlbares Wohnen zu sichern. „Vor allem müssen Geschäftsmodelle wie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen weiter erschwert, der steile Anstieg der Immobilienpreise gestoppt und eine aktive Bodenpolitik betrieben werden“, fasst Roman Grabolle die Kernforde-

rungen zusammen. „Um die nicht in erster Linie auf hohe Gewinne und Anlegerinteressen ausgerichteten Vermieter wie etwa kommunale Wohnungsunternehmen und große und kleine Genossenschaften zu stärken, brauchen wir eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit.“

Grundgedanke dieses Modells wäre, dass Vermieter Steuervergünstigungen und Zuschüsse erhalten, wenn sie

dauerhaft günstige Wohnungen anbieten und ihre Rendite freiwillig begrenzen. Eine Gemeinnützigkeit für Wohnungsunternehmen gab es schon mal in der alten Bundesrepublik – Anfang 1990 wurde sie abgeschafft. Neue Gesetzentwürfe der Grünen sowie Linken dazu lehnte der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen des Bundestages erst im Mai 2021 ab.

die Kaltmieten bei den Angeboten für freie Wohnungen um 43 Prozent – der höchste Anstieg in Sachsen. Dieser dämpfte den Zuzug nach Leipzig zuletzt aber erheblich.

Von den 9400 Wohnungen der Lipsia und ihrer Partnergenossenschaft Elsterau stehen knapp vier Prozent leer, so Keding. Diese Quote könnte noch niedriger sein, wenn die Kosten zum Herrichten frei ge-

wordener Quartiere geringer wären. Im Normalfall verschlinge das durchschnittlich 9000 Euro. „Es gibt aber auch Objekte, wo wir 30000 Euro investieren müssen, um sie neuen Interessenten anbieten zu können.“ Bei einer Mietpreisbremse wäre das finanziell oft untragbar, blieben die Wohnungen also erstmal leer.

„Als Genossenschaft habe wir

keinerlei Interesse an hohen Mieten“, versichert die 42-jährige Bauingenieurin. „Trotzdem kommen wir nicht an explodierenden Bau- und Materialpreisen vorbei. Zumal gerade die zweite Sanierungswelle läuft für alle Häuser, die kurz nach der Wende instandgesetzt wurden.“ Die Politik solle an vielen Stellen selbst dafür sorgen, dass die Wohnkosten massiv steigen. Ob energetische Sanierung, CO₂-Steuer, Rauchmelder in jeder Wohnung, Legionellen Tests – die Liste ist lang.

So soll auch die Lipsia jetzt von Amtswegen an allen ihren Hochhäusern massive zusätzliche Brandschutzmaßnahmen ergreifen. Und außerdem einen Großteil der 160 Plätze für die Wertstofftonnen umbauen, weil Leipzigs Müllfahrzeuge unter anderem nicht mehr rückwärts fahren, sondern vor Ort wenden sollen. „Dazu gehören sinnvolle Dinge wie die Rauchmelder. Aber in Summe kostet es alles ein Vermögen“, sagt Keding. „Wer die Mieten dauerhaft bezahlbar halten will, der müsste genau diese Stellschrauben angehen, etwa Förderprogramme für energetische Sanierungen auflagen oder für Brandschutzumbauten.“

Jedoch lasse sich dergleichen im Wahlkampf nicht so populär verkaufen wie simple Versprechen zu gesetzlichen Mietendeckeln, Bremsen oder Mietpausen. Sachsen fördere seit Jahren mit vielen Millionen den Neubau sogenannter Sozialwohnungen in den Metropolen. Die seien für wirklich Bedürftige zu teuer und würden oft Mitnahmeeffekte auslösen, kritisieren die Leipziger Wohnungsgenossenschaften einhellig. Vor allem aber dürften sie die Abwanderung aus dem ländlichen Raum im Freistaat wieder beflügeln. Johanngeorgenstadt lässt grüßen.

Was bewegt die Sachsen?

Was bewegt die Menschen in Sachsen? Rente, Pflege, Mobilität, Windkraft: Themen, die den Menschen in unserer Region wichtig sind. In einer Reportage-Reihe bis zur Bundestagswahl beleuchten wir die einzelnen Themenfelder. Die

heutige Reportage widmet sich dem Schwerpunkt „Wohnen und Miete“. **Weitere Themen** In den nächsten Wochen bis zur Wahl lesen Sie außerdem Reportagen, Analysen oder Interviews zu diesen Schwerpunkten:

- Grüne Landwirtschaft
- Windenergie und Klimaschutz
- Pflege
- Rente und Altersarmut
- Migration und Flüchtlinge
- Kriminalität und Sicherheit